

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 7, und durch Kolportage zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pf., Monat 1.05 Mk., für 3 Monate 3.10 Mk., durch die Post bezogen 3.10 Mk., frei ins Haus 3.50 Mk., wo keine Post am Orte 3.94 Mk.

Abgabepreis beträgt für die einwöchige Belegzeit über dem Stamm 40 Pf., Nummernunterlage 40 Pf., Doppelhefte unter Zugl. 1 Mk., für die Belegzeit 15 Pf., Anzeigen Familien-Kartons 20 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 116.

Breslau, Montag, den 21. Mai 1917.

28. Jahrgang.

Mißtrauen gegen Deutschland.

Weltfrieden nicht Sonderfrieden!

Der völlige Austritt des Rabatten Ministrow aus dem russischen Kabinett und die Umformung des ganzen Ministeriums hat den Einzug einer großen Zahl ehrlicher Friedensfreunde in die russische Regierung zur Folge gehabt, aber sie alle sind zunächst nicht Anhänger eines Sonderfriedens mit Deutschland, sondern Befürworter des allgemeinen Weltfriedens, den sie durch moralischen Druck auf ihre Verbündeten und durch Verhandlungen mit ihren Feinden erreichen wollen. Sie fühlen sich den Verbündeten, die drei Jahre mit ihnen gekämpft und das eigene Land finanziell stark unterstützt haben, verpflichtet und mißtrauen Deutschland, das sich nach einem Sonderfrieden mit Rußland erst recht auf die Westmächte stützen und sich auf deren Kosten zu bereichern trachten würde. Ja, soweit geht das Mißtrauen vor der deutschen Militärmacht, daß man ihrem eroberungslustigen Teufel zutraut, er könne sich nach Niederbrechung der Westmächte aufs neue gegen Rußland wenden und sich dort diejenigen Gebietszonen holen, die ihm der gegenwärtige Sonderfrieden noch nicht bringt. Und einem solchen Schicksal will Rußland sich selbst und seine Verbündeten nicht aussetzen. Ob zu solchen Befürchtungen die Zurückhaltung des deutschen Kanzlers in seiner letzten Rede beigetragen hat, ist noch nicht erkennbar, daß die alldeutschen Eroberungsreden (in West und Ost und Untersee) in dieser Art wirken, steht dagegen ohne Zweifel. Jedenfalls erläßt die neue russische Regierung aus diesen Tendenzen heraus folgende

Erklärung:

Die neu zusammengesetzte und durch die Vertreter der revolutionären Demokratie verstärkte provisorische Regierung erklärt, daß sie tatkräftig die Gedanken der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen wird, unter deren Fahnen die Große russische Revolution geboren wurde. Die Einheit der provisorischen Regierung beruht auf den folgenden Grundlagen ihrer künftigen Tätigkeit:

1. In der auswärtigen Politik lehnt die provisorische Regierung in Übereinstimmung mit dem gesamten Volke jeden Gedanken an einen Sonderfrieden ab und setzt sich offen als Ziel die Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens, der weder eine Beherrschung anderer Völker, noch eine Beschlagnahme ihrer nationalen Güter, noch eine gewaltsame Entziehung von Gebieten einer anderen Nation erstrebt, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. In der festen Überzeugung, daß der Fall der zaristischen Regierung in Rußland und die Befestigung der demokratischen Grundsätze in der inneren und äußeren Politik für die alliierte Demokratie, neue Bemühungen für einen dauerhaften Frieden und die Brüderlichkeit der Völker geschaffen hat, wird die provisorische Regierung Schritte unternehmen, um ein Abkommen mit den Alliierten auf der Grundlage der Erklärung vom 9. April vorzubereiten.
2. Überzeugt davon, daß eine Niederlage Rußlands und seiner Alliierten nicht nur eine Quelle des größten Unglücks für das Volk wäre, sondern auch den Abschluß eines Weltfriedens auf den oben erwähnten Grundlagen hinauschieben oder unmöglich machen würde, glaubt die provisorische Regierung fest, daß das revolutionäre Meer Rußland nicht gestatten wird, daß die deutschen Truppen unsere westlichen Alliierten vernichten, um sich dann auf uns mit der ganzen Macht ihrer Waffen zu werfen.

In den letzten Sätzen kommt deutlich zum Ausdruck, was man den Deutschen zutraut und weshalb man den Gedanken eines Sonderfriedens verwirft, um allerdings den Absatz 1 die eigenen Verbündeten ebenfalls zu einem Frieden ohne Unterjochung und Ausraubung, ohne Annexionen und Entschädigungen zu bringen.

Dem gleichen Gedanken haben die Minister Kerenski und Terestili in ihren Reden an die Bauern und an die Soldaten Ausdruck gegeben, Kerenski reist sogar an die Front, um die Soldaten von den zahlreichen Desertionen zurückzuhalten, die das Heer empfindlich schwächen, um Disziplin zu fördern und auf das Bedenkliche der Verbrüderungen hinzuwirken, die eben nur im Osten stattfinden, nicht aber im Westen.

Da die russische Front nach den Auskünften unserer Presseberichte in der Tat gegenwärtig so gut wie keine Front mehr besitzt, im Gegenteil die intimen Beziehungen zwischen den Verbündeten und den Deutschen...

wir dem Bestreben der neuen russischen Regierung, den allgemeinen Frieden statt des Sonderfriedens zu fördern, nur unsere größte Sympathie bezeugen. Und wenn die Russen dabei England und Frankreich vor die Entscheidung stellen, sich ebenfalls mit einem vernünftigen Verständigungsfrieden abzufinden, so können wir das nur begrüßen. Augenblicklich sind die Reden der englischen Staatsmänner noch hochtrabend genug, so daß die russische Mäßigung für diese Kriegstreiber ebenso nötig ist als wie für die Kriegstreiber in unserem eigenen Lande.

England rechnet auf Oesterreich.

So wie gewisse Leute bei uns mit dem Abfall Rußlands oder der Unfähigkeit Rußlands zur Kriegsführung nur aus dem Grunde rechnen, um dann erst recht sich gegen die anderen Feinde zu stützen, so rechnen die Spielerpolitiker Englands mit dem Abfall Oesterreichs aus dem Bunde der Mittelmächte, um sich dann erst recht gegen Deutschland zu wenden. Im Unterhause erlachte Bryce die englische Regierung um die Erklärung, daß sie nicht beabsichtige, mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einen Sonderfrieden zu schließen. Bryce belonte dabei, Oesterreich sei in erster Linie für den Krieg verantwortlich, es habe die Serben auf das grauenhafteste behandelt. Der Minister des Auswärtigen, Bonar Law, lehnte mit der Begründung ab, kein Schlag würde die Feinde Englands, die sich vergeblich bemühten, die Alliierten zu entzweien, schwerer treffen, als wenn einer ihrer Bundesgenossen, ah kränala gemacht würde.

Auf diese Abtrünnigmachung rechnet er sehr stark — wahrscheinlich aber vergeblich, er rechnet aber auch auf das Gleiche bei Bulgarien und bei der Türkei, die Rußland schon ein Sonderfriedensangebot gemacht haben sollen — Freigabe der Dardanellendurchfahrt und Neuregelung des Besten in den armenischen Provinzen. Die Rechnungen dürften aber fehlerhaft sein, und es wird sich bestätigen, was der „Vorwärts“ zur Kennzeichnung der Lage sagt:

„Weder Rußland noch Oesterreich wollen einen Sonderfrieden, aber beide wollen den allgemeinen Frieden, sie wollen ihn bald und sie haben starke Trümpe in der Hand, um ihn durchzusetzen.“

Der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Czernin war denn auch mit seinen Räten seit dem 17. Mai wieder im deutschen Großen Hauptquartier, um die anlässlich der jüngsten Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers begonnenen Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern und der deutschen obersten Heeresleitung fortzusetzen. Nach dreitägigem Aufenthalt und einem Besuch an der Westfront ist Graf Czernin am Sonnabendabend wieder nach Wien abgereist.

Die Konferenz in Stockholm.

Stockholm, 18. Mai. Die Reihenfolge der Sondertagungen auf der Sozialisten-Konferenz ist nun folgendermaßen festgesetzt: Am 21. 5. und 22. 5. die bulgarische Abordnung, am 23. 5. und 24. 5. die Abordnung der deutschen Mindeheit oder die finnische Abordnung, am 25. 5. und 26. 5. die österreichische, am 29. 5. und 30. 5. die ungarische Abordnung. Der Abgeordnete Minister Stauning, der dienstlich in Kopenhagen zurückgehalten ist, wird vorübergehend von Frau Nina Bang, dem Mitglied des Vorstandes der dänischen Sozialistenpartei, vertreten.

Budapest, 20. Mai. Die Delegierten der ungarischen sozialdemokratischen Parteien erhielten heute von der hiesigen Oberstadthauptmannschaft ihre Pässe zur Reise nach Stockholm, wo sie Dienstag eintreffen.

Bern, 19. Mai. In der „Humanität“ vertritt der Abgeordnete Mikrel nochmals den Standpunkt der Minderheit über die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz und erklärt, der französische Einwand, daß man sich in Stockholm mit Scheidemann treffen werde, könne die Minderheit nicht von einer Beteiligung abhalten.

Bern, 19. Mai. „Journal du Peuple“ erklärt in einem fortgenannten Leitartikel, daß die französische sozialistische Mehrheit seit Kriegsbeginn viel schlimmer gegen die sozialistischen Grundzüge verfahren habe, als die deutsche Mehrheit, die schon vor dem Kriege erklärt habe, daß sie im Kriegfall die Landesverteidigung durchzuführen wolle. „Wichtigsten“ seien alle Abteilungen an der internationalen Arbeiterbewegung angenommen, dagegen habe die französische Mehrheit die Ermordung Jaurès ungehört hingehen lassen und an der Unterdrückung der öffentlichen Freisprecher und der parlamentarischen Aufsicht tückisch Anteil genommen. „Die französische sozialistische Mehrheit trage eine fürchterliche Verantwortung.“ Man müsse fragen, mit welchem Rechte sie sich nun gegen andere erheben wolle. Die deutsche sozialistische Mehrheit habe sich für die Unterdrückung der öffentlichen Freisprecher und der parlamentarischen Aufsicht tückisch Anteil genommen. „Die französische sozialistische Mehrheit trage eine fürchterliche Verantwortung.“ Man müsse fragen, mit welchem Rechte sie sich nun gegen andere erheben wolle.

Bern, 19. Mai. In der „Humanität“ vertritt der Abgeordnete Mikrel nochmals den Standpunkt der Minderheit über die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz und erklärt, der französische Einwand, daß man sich in Stockholm mit Scheidemann treffen werde, könne die Minderheit nicht von einer Beteiligung abhalten.

Die Kirche beginnt!

Der Wunsch unseres Einsenders in der Sonnabendnummer der „Volkswacht“ scheint sich zu erfüllen; die Kirche will sich in höherem Maße an der Friedensarbeit beteiligen. Die in München erscheinende „Deutsche Kirchenzeitung“ teilt mit:

„Wie uns bekannt, ist bereits aus der deutschen katholischen Geistlichkeit heraus, eine großartig organisierte Friedensbewegung im Gange, die sich unter dem Banner der heiligsten Eucharistie die Friedensarbeit zum Ziele setzt. Der in Entstehung begriffene Weltbund erfreut sich bereits wärmster Förderung in maßgebenden Kreisen. Auch Mitglieder aus dem Episkopat und feindlicher Länder haben ihre Zustimmung ausgedrückt und Förderung der Sache in Aussicht gestellt. Mehr darf man heute noch nicht sagen.“

Wir begrüßen diese ersten Anzeichen des Erwachens und wünschen der Bewegung schnellen und erfolgreichen Fortgang.

In welcher verächtlicher Weise das hiesige Zentrumblatt die Stimme eines ernst und nachdenklichen Katholiken behandelt, wie sie am Sonnabend in der „Volkswacht“ zu lesen war, darauf kommen wir noch zurück.

Kriegserklärungen aus Mittelamerika.

Washington, 19. Mai. Die Republik Honduras hat die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen.

Washington, 19. Mai. Nicaragua hat die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen.

Militärisch haben diese Freundschaftskündigungen nichts zu bedeuten, sie tun höchstens dar, wie Amerika es verstanden hat, unser Ansehen in der ganzen Welt zu heben.

Amerikas Ruf zu den Waffen.

Washington, 20. Mai. (Meldung des Reutersches Bureau.) Wilson erließ einen Aufruf, der die allgemeine Eintragung zum Seeresdienst für den 5. Juni vorseht und unter anderem sagt:

Die Völker stehen ganz in Waffen, aber die Zivilisierten, Landmann und Arbeiter, sind nicht weniger Teile des Heeres in Frankreich, als die Reiter unter den Kriegsfahrern. So muß es auch bei uns sein. Wir müssen das Volk für den Krieg vorbereiten und fördern. Das Volk muß eine zusammenhängende Front gegen den gemeinsamen Feind darstellen. Alle müssen ein Ziel verfolgen. Die Nation braucht alle Männer, aber sie braucht jeden Mann an seinem Platz, wo er am besten dem Allgemeinwohl dient. Die ganze Nation muß eine Lunte sein, in der jeder Mann die Rolle spielen muß, die ihm am besten liegt. Der Kongreß hat Besorgnis getrieben, daß die Nation für den Dienst in Klassen eingeteilt wird, um jeden Mann auf den Platz zu stellen, auf dem er am besten dem Allgemeinwohl dienen kann.

Bern, 20. Mai. „Petit Parisien“ bringt aus Washington eine Sondermeldung, wonach das Kriegsdepartement die Einberufung der Nationalgarde angeordnet hat. Diese soll am 15. und 20. Juni und am 15. August einberufen. Ferner hat das Kriegsdepartement den Ankauf von 25,000 Gewehren und Maschinengewehren im Werte von 100 Millionen Dollars angeordnet.

Es geht immerhin etwas auffällig langsam.

Auftkämpfe mit Russen.

Übermals 20 000 Tonnen.

Berlin, 21. Mai. Amlich. Wiederholte Versuche russischer Flieger, von Helgen auf Desele aus die Tätigkeit unserer Torpedoboote zu fördern, führten am 18. Mai zu Aufstößen, wobei es zweien unserer Seeflieger gelang, je ein feindliches Flugboot zum Abbruch zu bringen. Außerdem wurde einwandfrei beobachtet, daß zwei feindliche Flugzeuge sich ramten und senkrecht abstürzten. Eine unbekannte Flugstation über dem russischen militärischen Lager wurde von einem deutschen Aufklärungsflugzeug beobachtet und beschossen wurde, mit Bomben belegt.

Keine U-Boottorpedos im Atlantischen Ozean: 20 000 Tonne... Die Schlangen des brennenden Schiffes... Die Schlangen des brennenden Schiffes... Die Schlangen des brennenden Schiffes...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Mai.

Was gibts diese Woche an Lebensmitteln?

3 Pfund Kartoffeln.

Der Magistrat kann in die r Woche nur drei Pfund Kartoffeln abgeben; dafür gibts ¼ Pfund Brot mehr. Außerdem bekommen wir wie bisher ein ganzes Pfund Fleisch und 3 ½ Pfund Brot. Was es sonst noch gibt, ist aus folgender Aufstellung zu ersehen:

1. 3 Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelmarke 66.
2. ¼ Pfund Brot auf die Kartoffelmarke 66.
3. 3 Pfund Kartoffeln auf die graue Kartoffel-Zusatzmarke 39 B.
4. 3 Pfund Kartoffeln auf die grüne Kartoffel-Zusatzmarke 39 B.
5. 1 Pfund Sirup auf die weiße, blaue und rote Nährmittelmarke Nr. 6 vom 21. bis 28. Mai.
6. 2 Eier auf die Lebensmittelmarke 17 vom 24. bis 28. Mai.
7. Ein Hertug an die Inhaber der Lebensmittelmarke 26 in den Polizeibezirken Nr. 6, 7, 8, 10, 11, 23, 24, 25, 27 u. 28 vom 24. bis 28. Mai.
8. ½ Pfund Kleingeld auf die Lebensmittelmarke 21 vom 24. bis 30. Mai.
9. 100 Gramm Zuppenzeugnisse auf die Lebensmittelmarke 22 vom 24. bis 30. Mai.
10. ¼ Pfund Böttgermilch auf die Lebensmittelmarke 23 vom 24. bis 30. Mai.
11. Ein Päckchen Puddingpulver auf die Lebensmittelmarke 24 vom 24. bis 30. Mai.
12. 50 Gramm Sago auf die Lebensmittelmarke 25 vom 24. bis 30. Mai.

Näheres über die Abgabe der Lebensmittel an den Säulen.

Zu dem diesmaligen Wochenzettel wird uns amtlich noch geschrieben:

Das anhaltende gute Wetter, das die Landwirte allenthalben zur Förderung der durch das späte Frühjahr im Rückstand gebliebenen Bestellungsbearbeitungen ausnützen, hat eine Verhärtung der Kartoffelzukunft in der abgelaufenen Woche verhindert. Es werden daher in der Woche vom 21. bis 27. Mai drei Pfund Kartoffeln als allgemeine Zuweisung ausgegeben. Die Abgabe geschieht auf die erste Kartoffelmarke; auf die zweite Kartoffelmarke wird als Ersatz Brot ausgegeben. Die Schwere- und Schwerarbeitszulagen erfahren keine Veränderung. Näheres ist aus dem Anzeigenteil unseres Blattes ersichtlich.

Vorankündigen von Lebensmitteln.

Von heute bis Donnerstag sind vorher anzukündigen: auf Lebensmittelmarke 27 Haserzeugnisse, auf Marke 28 Teigwaren, auf Marke 29 Kunsthonig, auf Marke 30 Kaffee und, soweit vorhanden, Kaffeeersatz. Näheres im Anzeigenteil der Sonnabend-Nummer.

Höchstpreise für Seife

hat kürzlich der Stellvertreter des Reichsanwalters festgestellt; sie sind am 10. Mai in Kraft getreten. Der Magistrat teilt diese Höchstpreise heute im Anzeigenteil mit. Besonders für die Hausfrauen empfiehlt es sich, diese Bekanntmachung auszuschnitten, damit sie stets wissen, was die Seifenhändler zu fordern haben und was nicht.

An den Mai.

Willkommen du holder, du lieblicher Mai,
Dich recht uns von Herzen willkommen!
Bring ein in die Seelen und mache sie frei
Vom Leide, das hart und unklommen!
Schmückt bunt ja mit Blumen das leimende Feld
Und fülle mit Jubel die sonnige Welt,
So komm und erfüll auch die Menschendurst
Mit neuer Liebe und Lebenslust!

Wie die Vögel in der Luft so wohnigen Sang
In wunderbar idyllischen Weisen,
So lehr auch die Menschen in heiligem Drang
Den göttlichen Schöpfer zu preisen.
Denk an ihre Sinne von Nachsicht und Reue
Und mache sie wieder wie ehe bereit,
Gemeinsam die Wege des Lebens zu geh'n
In Liebe und stillem Einverständnis!

Rayler.

Lobe-Theater.

„Die Sprache der Vögel“

Komödie in drei Akten von Adolf Paul.
Überhaupt des Theaters waltende Mächte hindern in dieser Zeit die „Freie Literarische Vereinigung“ an der Erfüllung ihrer Aufgabe, ihre Anhänger in geschlossener Vorstellung mit besonderen bühnenliterarischen Karikaturen vertraut zu machen. Immerhin wurde mit Adolf Paul biblischer Komödie der lächerliche Geschmack gewahrt, und da das Stück demnach öffentlich aufgeführt wird, können wir den Besuch nur empfehlen. König Salomo kennt die Sprache der Vögel, und aus ihr schöpft er alle Weisheit. Als sein Vater David starb, hinterließ er ein noch unberührtes Weib, Abisag aus Gonen. Gern hätte sie Salomo wohl selbst beiseite, doch durchschaute er den Charakter zu gut, der sich hinter der schönen Maske verborg. So gab er sie seinem besten Freunde Sabud zum Weibe. Gleichzeitig gab er ihm das Recht mit auf den Weg, die Erfüllung eines Wunsches von ihm zu verlangen. Abisag rachelte nun ihren Gatten auf, von Salomo das tiefste Geheimnis, die Kenntnis von der Sprache der Vögel zu verlangen. Sabud unterliegt dieser Einföhrung, Salomo aber weiß, daß nur Abisag ihn zur Auserwählung dieses Wunsches gebracht hat. Deshalb gewährt er ihm zwar die Bitte, aber nur unter der Bedingung des Todes für den Fall, daß er das Geheimnis an eine andere Person weiter verrät. Salomo wagt

Endlich städtisches Kleingeld!

Breslau soll jetzt auch städtisches Kleingeld erhalten, das so dringend nötig ist. Vor Monaten haben sich der Regierungspräsident und der Magistrat noch gegen städtisches Kleingeld ausgesprochen, aber jetzt ist die Kleingeldnot so handgreiflich, daß unbedingt etwas geschehen muß.

Nicht weniger als 75 Stadtverordnete haben den Magistrat angefragt, was er gegen die Kleingeldnot tun will. Der Magistrat schlägt vor, 500.000 Pfännsig-Pfennig-Scheine drucken zu lassen. In der Begründung seiner Vorlage heißt es u. a.:

„Der Mangel an Kleingeld besteht in großem Umfang fort, obwohl von der Reichsbank bisher an Silbergeld 40 Prozent und an Nickelgeld 32 Prozent mehr als in Friedenszeiten in Verkehr gesetzt worden sind. Handel und Verkehr leiden unter dieser Kleingeldnot empfindlich. Dies hat eine große Zahl anderer deutscher Städte veranlaßt, zur Ausgabe von Nickel-, namentlich von 10-Pf.-Scheinen, zu schreiten. Die Zahl solcher Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern belief sich im Februar dieses Jahres bereits auf etwa 37. Manche Großstädte, namentlich diejenigen von Groß-Berlin, befinden sich allerdings nicht darunter.

Nun ist zwar in letzter Zeit die Kupferkurssetzung des vorhandenen Silber- und Nickelgeldes in Aussicht gestellt. Ob und wie weit diese Maßnahme verwirklicht werden kann, steht noch dahin. Jedenfalls hat sich infolge der Anlaufung dieser Maßregel in der letzten Woche ein starker Rückfluß von Silber-, zum Teil auch von Nickelgeld bei der städtischen Sparkasse und der städtischen Straßenbahn gezeigt.

Wir glauben, daß dieser Zufluß nicht anhalten und der Mangel an Kleingeld weiter bestehen bleiben wird. Da auch der Mangel an Nickelgeld zum großen Teil durch das Fehlen von ½-Mark-Stücken verursacht ist, die hiesige Reichsbankhauptstelle die Ausgabe von 50-Pf.-Scheinen durch die Stadt als erwünscht bezeichnet hat und Bedenken der Staatsaufsichtsbehörde nicht zu erwarten sind, haben wir beschlossen, alsbald 500 000 Stück 50-Pf.-Scheine herzustellen und davon zunächst 400 000 Stück als städtisches Notgeld in Verkehr bringen zu lassen. Die übrigen 100 000 Stück bleiben zur späteren Ausgabe oder zum Ersatz nicht mehr umfangfähiger Stücke vorbehalten.“

Die Kleingeldvorlage des Magistrats steht auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am nächsten Donnerstag und zwar zusammen mit der Anfrage der 75 Stadtverordneten über die Kleingeldnot. Neber beides dürfte wohl gleichzeitig beraten und so beschlossen werden, daß wir die 50-Pf.-Scheine recht bald bekommen. Eile ist wirklich nötig!

Die Bezugsscheine zum Einkaufen in der Altbekleidungsstelle.

In der Sonnabend-Nummer haben wir mitgeteilt, daß auch in der Altbekleidungsstelle die zum Einkaufen nötigen Bezugsschein-Vordrucke ausgefüllt und an die Altbekleidungsstelle weitergegeben werden. Das trifft nicht zu. Wie die Altbekleidungsstelle in der Sonnabend-Nummer bekanntgibt, ist beim Eintritt in den Verkaufsraum der Altbekleidungsstelle der Bezugsschein sofort vorzugeben.

Wer also in der Altbekleidungsstelle etwas kaufen will, muß in seine Proctormark-Ausgabe stelle gehen und durch sie den Bezugsschein vermittelnd lassen. Die Verkaufskunden in der Altbekleidungsstelle sind nur wochentags von 10 bis 1 Uhr und 4 bis 8 Uhr; Sonntags ist kein Verkauf.

Auf die Kleinhändler mit Gemüsekonserven

ist eine Aufforderung der Stadtverordnetenversammlung, ihre Bestände an Gemüsekonserven festzustellen und der Stadtverordnetenversammlung binnen drei Tagen anzuzeigen. (Siehe Anzeige in der heutigen Nummer.)

Gauerkrant markenfrei zu verkaufen.

Die Stadtverordnetenversammlung teilt mit, Gauerkrant darf bis auf weiteres markenfrei verkauft werden.

Höchstpreise für Spargel, Rhabarber und Frühspinat.

Im Anzeigenteil der heutigen Nummer macht der Magistrat Erzeuger, Groß- und Kleinhandelspreise für Spargel, Rhabarber und Frühspinat bekannt. Das Überschreiten dieser Höchstpreise wird schwer bestraft.

Auffstieg begabter Volksschüler.

Der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag liegt nun ein Antrag des Magistrats vor, daß am 1. April 1918 für besonders begabte Schüler und Schülerinnen der städtischen Volksschule je eine Mittelschulklasse errichtet und daß für diesen Zweck 16 500 M. in den Haushaltsplan für 1918 eingestellt werden.

In der Begründung heißt es: Um den hervorragend begabten Schülern und Schülerinnen unserer Volksschulen die Möglichkeit zu geben, sich eine ihrer Beschäftigung entsprechende höhere Bildung anzu eignen wollen wir für solche Kinder, die die Volksschule sechs Jahre hindurch besucht haben, also etwa das zwölfte Lebensjahr vollendet haben, und die sowohl nach Begabung als nach ihrem Betragen, ihrem Fleiß und ihren Leistungen durchaus würdig sind, einen besonderen Lehrgang errichten, der sie in drei Jahren an das Ziel der Mittelschule führen soll. Die Kinder würden dann in derselben Zeit das Ziel erreichen, wie diejenigen Kinder, welche von vornherein oder nach dreijährigem Besuch der Volksschule in die Mittelschule eingetreten sind.

Es würden sich also an die im Jahre 1918 zu errichtenden beiden nächsten Jahren noch je zwei weitere Klassen an schließen. Die Frage, ob es möglich sein wird, die Kinder in zwei Jahren so weit zu fördern, daß sie im dritten Jahre zusammen mit den übrigen Mittelschülern unterrichtet werden können, soll geprüft werden. Es läßt sich darüber jetzt noch nichts sagen, und nur die Erfahrung kann darüber entscheiden. Aber auch, wenn diese Frage im bejahenden Sinne beantwortet werden sollte, wird sich wahrscheinlich keine von den zu errichtenden Klassen ersparen lassen, da es wohl kaum möglich sein wird, die Kinder in den bereits jetzt vorhandenen Klassen unterzubringen.

Ein neuer Zigarrenfabrikanten-Verband.

In Berlin ist am 16. Mai dieses Jahres der „Zentralverband deutscher Zigarrenfabrikanten“ begründet worden. Aus allen Teilen und einschlägigen Industriebezirken des Reiches waren ungefähr sechzig Gründungsteilnehmer anwesend, die Bildung des Verbandes wurde einstimmig beschlossen, der vorgelegte Satzungsentwurf fand einhellige Zustimmung. Es handelt sich um eine neue Organisation der mittleren und kleineren Zigarrenfabrikanten, die neben der Vertretung der gemeinsamen Interessen der gesamten Industrie insbesondere für die Sache der kleineren und mittleren Erzeuger eintreten will. Nach der Ueberzeugung der Gründerversammlung ist die Notlage der Mittel- und Kleinbetriebe bisher von der Großindustrie und den staatlichen Behörden nicht nach Gebühr gewürdigt worden. Der Gründungsversammlung lagen bereits annähernd 1500 Zustimmungserklärungen aus den interessierten Fabrikantenkreisen vor. Vorsitzender des neuen Verbandes ist Herr Ludwig Korte in Bonn a. Rh., Koblentzstr. 82.

* Vermächtnisse. Dem Schlesischen Zentralverein zum Schutze der Tiere sind von Frau Sanitätsrat Olga Reichelt, Breslau, und Fräulein Anna Koenig, Wlasowitz, welche Damen kürzlich beide verstorben sind, je 5000 M. — 10.000 Mark für dessen gemeinnützige Zwecke vermacht worden.

* Das Freileitungsnetz der Feuerwehre ist durch den letzten Schneefall fast beschädigt worden. Die Stadtverordneten sollen deshalb in ihrer nächsten Sitzung 3000 Mark für die Ausbesserung des Schadens bewilligen.

* Sprung aus dem Fenster. Am Freitag, nachmittags 2 ¼ Uhr, ist der 15 Jahre alte Arbeitsbursche Richard Metzke, der in dem Hause Reichsstraße 40 in Pflege ist, aus dem Fenster im dritten Stock hinausgesprungen und hat Arm- und innere Verletzungen erlitten. Die Samariter der Feuerwehre überführten ihn ins Allgemeinespitals.

Streich begangen, an den Exzellenz des Kaisers Friedrich-Ludwigs die Worte „Kaiserliche Wache“ anzupinseln. Darauf wurde ein Haupt- und Staatsaktion. Eine gewisse Frau Schöb Purzelbäume vor Entrüstung und Schreie nach Polizei, Staatsanwalt und Gerichten, die dem auch ihres Amtes mit Gleichgültigkeit walteten. Die Täter erzielten schwere Gefängnisstrafen. In den Mittern, die damals am meisten tobten, geschickte die „Deutsche Tageszeitung“.

Die Zeiten ändern sich. Heute druckt die „Deutsche Tageszeitung“ mit Schmunzeln folgenden Bericht eines Denkmalsbesichtigung ab, den ihr ein Leser zuküßt:

„Als ich heute früh auf einem Spaziergang durch den Tiergarten in die Nähe des Bismarck-Denkmal vor dem Reichstagsgebäude kam, leuchtete mir vom Hübe des selben eine weiße Tafel entgegen. Als ich näher gekommen war, sah ich auf dieser Tafel folgende Beschriftung:

Großer Kaiser ließ hier
Und regierte Deutschland wieder.
Schick die Jammesklappen heim,
Sonst geht alles aus dem Leim.

Es berührten mich diese Zeit wenig Menschen an dieser Stelle; die Schrift wurde aber außer von mir noch von mehreren Personen gelesen. Ich hielt mich noch einige Zeit in der Nähe des Plakes auf, um zu sehen, was aus der Tafel würde, entfernte mich aber später, während die Tafel ruhig an ihrem Plake blieb.“

Ausbrüche des Entzückens können wir diesmal in den „Deutschen Tageszeitung“ nicht finden. Auch keine Rede nach Polizei und Staatsanwalt.

Verheißenes Gold. Beamte des Kriegsmunitionamtes, die bei einem Schlichtermesser in der Rigger Straße eine Durchsichtung nach verborgenen Währungsmiteln vornahmen, fanden, in einem Spind versteckt, taufend Mark in Gold, die mit Zustimmung des Besitzers auf dem nächsten Postamt in Scheine umgewandelt wurden.

Die Söhne der Arztschule. Wie dieser Tage gemeldet wurde, war aus einem englischen Besatz zu entnehmen, daß auf der Front von Arras von den Engländern zur Vorbereitung des Durchbruchs mindestens 4000 Soldaten herangezogen wurden, die im Durchschnitt 25-30 Millionen Franzosen schätzten. Nach einer Berechnung der amerikanischen Zeitung „Washington Post“ der Soldaten 12-Bm. Kanone 151 M., da die Engländer aber auch 20000 Soldaten verwenden, kann man jeden Soldat durchschnittlich 12 M. berechnen. Demnach würde der Alldeutsche Krieg unsere Truppen kassieren, nicht weniger als 2 Milliarden 200 Millionen Mark.

Aus aller Welt.

Die Brotartenindustrie in Dresden. Wie in Berlin, so sind auch in Dresden in der letzten Zeit eine Anzahl von Brotartenfabriken erwidert und die Fälscher ermittelt und verhaftet worden. In Dresden selbst wurden 15 solcher Fabriken festgestellt, außerdem je eine in Weitzsch und Mügeln. In Mügeln hat der Fälscher nicht weniger als 1 ½ Bunter Marken hergestellt und umgesetzt.

Ein verurteiltes Weinernte. Ein großer Hagelschlag hat die Weinernte in den Weinbergen von Hambach, Malkammer und Alferweiler fast völlig vernichtet.

Schweres Fabrikunfall. Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Heute Nacht ereignete sich in Exelbort eine verheerende Explosion, der zehn Menschenleben zum Opfer fielen, außerdem wurden vier Arbeiterinnen verletzt.

Ein Denkmalbesichtigung nach dem Herzen der Deutschen Tageszeitung. Wir denken gerade an eine Affäre, die uns vor dem Auge der Welt aufgetaucht hat. Wie kann es sein, daß ein Denkmal, das für die Erinnerung an einen großen Mann errichtet wurde, von einem Menschen so behandelt wird, wie es hier geschehen ist?

Der Attentatsprozess gegen Dr. Friedrich Adler.

Der Prozess gegen den Attentäter des Ministerpräsidenten Stürgkh in Wien hat, wie selber erwartet werden mußte, mit der Verurteilung des Genossen Dr. Friedrich Adler zum Tode durch den Strang geendet. Ob dieses Urteil wirklich vollzogen wird, was wir offen gestanden nicht erwarten, oder ob der charaktervolle Angeklagte sich den weiteren Folgen seiner Tat und jeder Amnestie durch eigene Handlungen entzieht, was ebenfalls nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, steht dahin. Jedenfalls hat der Prozess den Beweis geliefert, daß es sich bei dem Attentat nicht um eine „sinnlose Tat“ oder gar um einen Akt des Irrsinns handelt, wie man allgemein nach der blutigen Tragödie behauptete, sondern um eine gewiß aus der Kriegspolysche geborene, im fribrigen aber wohlüberlegte politische Handlung. Das wird auch durch den nachstehenden Prozessbericht bestätigt, in dem wir einiges von dem kurz gemeldeten ausführlich wiederholen und zwar zunächst den Beginn der Verhandlung nach einem Sonderbericht des „Vörliner Tageblatt“:

Das Verhör des Angeklagten.

Ein Mann, der wie ein Privatdozent aussieht, sitzt auf der Anklagebank, des Wortes beschuldig, eine schwächliche, unterstehe Gestalt, der Kopf von düstern, braunem, welligen Haar umrahmt, die Lippe von einem buschigen Schnurrbart beschattet. Erste, tieflicgende Augen im bleichen Gesicht bilden durch scharfe Brillengläser. Von einem Justizbedienten geleitet, ist Dr. Friedrich Adler im Gerichtssaal erschienen. Auf einem Tisch, der vor der Anklagebank steht, breitet er Bücher, Zeitschriften und Akten aus, dann blickt er unbefangenen in den Anhörsraum, der nur mäßig gefüllt ist, und grüßt mit leisen Nicken Bekannte. Im Hintergrund des Saales steht sein Vater, der Reichsratsabgeordnete Dr. Viktor Adler, im Gespräch mit der Gattin des Angeklagten, einer bleichen jungen Dame von slawischen Typus.

Mit bewusster Sicherheit gibt Adler seine Personalien an: Er ist 1870 in Wien geboren, ohne Glaubensbekenntnis, verheiratet und erklärt auf die Frage nach seinem Beruf: Ich bin Sekretär der sozialdemokratischen Partei und Redakteur der sozialdemokratischen Monatschrift „Der Kampf“.

Präsident: Bekennen Sie sich schuldig?
Angeklagter: Ich sehe mich in erster Linie gezwungen, die Redenden, die sich seit meiner Verhaftung um meine Person gebildet haben, zu bekämpfen. Mir war es schon vor dem Attentat vollständig klar, man würde zuerst sagen, daß ich diese Tat aus Unzurechnungsfähigkeit begangen habe, daß alle Menschen in Oesterreich ohne Ausnahme glauben werden, daß nur ein Irrsinniger so etwas tun könne, und daß die ganze Bevölkerung mit dem Regime des Grafen Stürgkh vollständig einverstanden ist. Die Situation hat sich aber dann, als Förder kam, schon nach acht Tagen sehr geändert und alle Zeitungen haben dann geschrieben, daß das Regime Stürgkh nicht mehr auszuhalten gewesen ist. Der Stimmungsumschwung in der Presse war direkt frappierend, und es ist schon ein gewisses Verständnis zum Ausdruck gekommen, daß es nicht ein Irrsinniger gewesen sein muß, der sich mit dem österreichischen Verhältnisse nicht einverstanden erklärt hat. Ich habe aber im Laufe der Untersuchungsfahrt einen starken Kampf zu führen gehabt, um diese meine Zurechnungsfähigkeit zu beweisen. Bald nach Einlieferung in die Zelle war ich Gegenstand einer längeren Untersuchung durch die Gerichtspsychiater, und diese Herren sind bald zu der selbstverständlichen Überzeugung gekommen, daß meine Zurechnungsfähigkeit außer jedem Zweifel steht. Der Herr Verteidiger hat seinem Amte gemäß die Pflicht, für die Erhaltung meines Lebens zu sorgen; ich aber habe die Pflicht, hier für meine Überzeugung einzutreten. Und so erkläre ich zu Beginn meiner Verantwortung: Ob während des Krieges in Oesterreich ein Mensch mehr oder weniger aufgehängt wird, hat keine Bedeutung. (Bewegung.)

Ich erkläre: Ich habe diese Tat nicht in Geistesverwirrung vollbracht, sondern in klarer Überlegung. Ich habe sie durch einhalb Jahre nach allen Richtungen und Konsequenzen überdacht. Es ist also nicht eine Tat, die aus dem Augenblicke geboren wurde, sondern eine ganz klar überlegte Tat. Ich habe sie vollbracht, in dem vollkommensten klaren Bewußtsein, daß damit mein Leben abgeschlossen ist. Wie ich dieses Haus hier betreten habe, war ich überzeugt, daß ich es nicht mehr lebendig verlassen werde. Ich war überzeugt, daß es nur ein Ende geben kann, und daß der Gerichtshof, vor dem ich hier stehe, kein anderes Urteil fällen kann, als zum Tode durch den Strang. So viel Sie auch von mir zu hören haben werden, so bin ich auch heute überzeugt, daß ich kein Wort sagen will, das die Bestimmung hätte, Sie von diesem Urteile abzubringen, um so mehr, als Sie als Ausnahme gerichtet. Ich bin überzeugt, wenn auf diesen Bänken Geschworene sitzen würden, daß dann vielleicht doch die Möglichkeit vorhanden wäre, daß ich mit einem anderen Urteil davon kommen könnte. Ich überschätze ja keineswegs die Institution der Schwurgerichte, aber ich halte es doch für möglich, daß das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes hier zum Ausdruck kommen könnte, während Sie zu dem Urteile eingeseht sind, damit nicht nach Empfinden und Gewissen geurteilt werde, sondern nach dem klaren Buchstaben des unempfindlichen sogenannten Gesetzes. Ich gebe mich also keiner Täuschung darüber hin, und es fällt mir in keiner Weise ein, irgendwie versuchen zu wollen, dieses Urteil zu erschüttern, sondern im Gegenteil, ich werde alles tun, um klar zu machen, daß ein anderes Urteil nicht kommen kann. Für mich fragt es sich vor allem, ob ich die moralische Rechtfertigung besitze, den Mord als politisches Kampfmittel zu verwenden.

Schon der Prozess, der sich hier zufälligerweise um meine Person dreht, beweist mir, daß jede Gewalttat gegen die Herrschenden in Oesterreich gerechtfertigt ist. Gerade die Justiz läßt in mir immer das Gefühl der verletzten Ehre, das Gefühl der Schande aus, ein Oesterreicher zu sein. Das Ministerium Stürgkh-Hochenburger hat bereits am 25. Juli 1914, also noch vor der Kriegserklärung, wenn auch schon nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, mit der Verordnung über die Aufhebung der Schwurgerichte die Verfassung verletzt und einen Staatsstreik schon damals begonnen. Der Kampf zwischen Demokratie und Absolutismus ging ja stets in erster Reihe um unser Schwurgericht, das unsere Väter sich im Jahre 1848 in blutigen Kämpfen errungen haben. Ich will gleich erklären, daß ich in diesem Gerichtshof keinen Gerichtshof, sondern sechs Herren erblicke, die sich entschlossen haben, das Verbrechen gegen mich durchzuführen.

Das mit meinem Tode endet wird, daß Sie sich das anmachen, trotzdem Sie wissen, daß Sie es gegen das Gesetz tun, und wenn ich vor Ihnen spreche, dürfen Sie es nicht so denken, als ob ich Sie anerkennen würde oder damit ein irgendwie geartetes Gesetz damit anerkenne. Ich sage mich nur der Gewalt, weil der Soldat bewaffnet ist, der mich begleitet, und Sie nach mehr bewaffnete herbeirufen können. Ich silge mich als reines Opfer der Gewalt. Ich erkläre, daß ich in diesem Gerichtshof keine Rechtsinstitution erkenne, sondern

Präsident (unterbrechend): Ich muß Sie jetzt doch unterbrechen. Ich habe Ihnen den weiteren Verlauf zum Ihren Ausführungen gelassen, aber es ist unbedenklich, daß Sie so weiterprechen. Ich muß Sie bitten, sich jene Wägung aufzuwerfen, die ich unter jeden Umständen aufrechtzuerhalten wünsche. In der Sache selbst werde ich Sie sprechen lassen; persönliche Anträge rüge ich jetzt nicht, aber ich bitte, unterlassen Sie sie. Sprechen Sie über die Tat und begründen Sie sie, aber bitte, sprechen Sie zum Gerichtshof und nicht zum Genossen hinaus!

Angeklagter: Ich habe ja die Kompetenzfrage in Erwägung gezogen, nicht um die Herren persönlich zu verlegen, sondern weil sie von wesentlichem Belange für meine Verantwortung ist, die vor allem dahin geht, daß Sie nicht kompetent sind, über mich zu urteilen. Was Stürgkh hat nicht nur zu Beginn des Krieges das Volksgericht befehligt, sondern auch den Staatsgerichtshof stiftet, den Gerichtshof, vor dem er gestellt werden konnte. Die Volksrichter hat er befehligt, aber die Staatsanwaltschaft ließ er bestehen. Die Volksanwaltschaft aber, seine Anklagebehörde, das Parlament hat er abgesetzt. Damit hat er das Staatsgrundgesetz verletzt. Er hat sich selbst seinen Richtern entzogen und es ihnen unmöglich gemacht, seine Verantwortung festzustellen. Deshalb beschloß ich, den Ministerpräsidenten auf jenem Boden zur Rechenschaft zu ziehen, auf den er sich selbst gestellt hat.

Es blieb kein anderer Weg, als der der Gewalt.

Der Angeklagte fuhr dann fort: Ich will Ihnen nun einen Begriff von der Welt geben, in der ich gelebt habe, einer Welt, die Sie wohl kaum kennen. Ich bitte Sie, sich für einen Augenblick auf meinen Standpunkt zu stellen. So lange ich politisch denke, habe ich meine Hoffnungen gesetzt auf den Massenkampf. Ich, der Sozialist, sehe die Welt nur geteilt in ein Oben und Unten, in Herren und Beherrschte, nicht in Ort und West. Ich habe den Wechsel: im Frieden Standpunkt des Klassenkampfes, im Krieg Standpunkt des Völkereampfes eben nicht mitgemacht, und ich behaupte, daß mein Standpunkt der höhere ist.

Ich war nicht so naiv zu glauben, daß ich durch meine Tat den Absolutismus beseitigen und den Frieden bringen werde, aber ich stehe

auf dem Standpunkt des Massenkampfes.

Erst nach sieben Stunden wurde das Verhör beendet und auch am Schluss zeigte der Angeklagte keine Erschöpfung. In eingehender Weise legte er dar, wie es kam, daß er zur Verurteilung in Oesterreich gelangte. Er führte aus: Die Partei hatte die Laster ihrer Gegner angenommen, insbesondere der Parteivorstand, der sich bis in die letzte Zeit als ein Mann für die Revolution erwies. Es wurde schließlich meine Überzeugung, daß eine Revolution überhaupt nicht anders ausfallen konnte, als gegen diesen Parteivorstand. Niemals hatte sich die Partei mit dem Gewissen befaßt: Wie wäre einmal mit Gewalt vorzugehen? Immer nur war es ihr Ziel, dahin zu wirken, daß Gewalt und alle Unruhen vermieden würden. Ich bin kein Anarchist, ich stehe auf dem Standpunkt der Notwendigkeit des Klassenkampfes, der, wenn er nicht zum Ziele führt, durch Gewalt unterstützt werden muß. Was ich durch meine Tat schaffen wollte, war nichts anderes, als die psychologische Voraussetzung für den künftigen Massenkampf und die Herstellung einer geeigneten Disposition. Ich wollte, daß die Leute endlich einmal Stellung nehmen zu der Frage: „Mit Gewalt möglich?“

Der Angeklagte kam dann auf die Genfer

zu sprechen. Man fühlte sich unter einem ständigen Druck der Erpressung, der vom Ministerium Stürgkh ausging. Oesterreich war zweieinhalb Jahre von der Welt abgeschnitten. Sogar Rußland und China hatten ihr Parlament, Oesterreich war der einzige Staat, der keine Volksvertretung hatte. Das mußte für jeden, der einen Funken demokratischen Geistes sich bewahrt hat, entsetzlich sein. Das Attentat war nicht nur gegen Stürgkh, sondern gegen die österreichische Moral gerichtet.

Auf Verfragen des Präsidenten teilte Adler mit: Der erste Gedanke, ein Attentat zu verüben, ist mir gekommen, als ich im März 1915 zum Militär einrückte. Da stand ich auf einmal vor dem Problem, daß ich ein Gewehr hätte und auf Menschen schießen sollte. Da kam mir der Gedanke: Wenn es zum Schießen kommt, werde ich auf den Feind im Innern, der mir näher steht, schießen. Politische Gewalt muß der Attentat insoweit der Verurteilung an.
Präsident: Haben Sie nicht an Ihre Eltern, Frau und Kinder gedacht?
Adler: Solche Gedanken können für mich nicht hemmend sein. Das geschichtliche Leben muß von Hindernissen befreit werden dürfen, liegt für mich außerhalb einer Diskussion.

Wenn Frau und Kinder auch unter den Räubern blieben, so gehört das eben zum Kampf um eine große Idee. Es war mir zum Beispiel immer selbstverständlich, daß mein Vater sein Vermögen für Parteizwecke geopfert hat.
Auf eine Frage des Staatsanwalts sagte Adler: Die Tat sollte dem Auslande nicht verheimlicht werden können. Die Tat sollte dem Kaiser nicht verschwiegen werden, wie vieles andere verschwiegen wurde.

Staatsanwalt: Sie haben früher noch keine Namen genannt, bis für das Attentat in Betracht kommen.
Angeklagter: Jozsef, den Justizminister Hochenburger und den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, der Tisza deshalb, weil man damals in Oesterreich sagt hat: Tisza ist der Diktator von Oesterreich.

Verteidiger: Haben Sie Ihren Vater getötet?
Angeklagter: Niemandem im Leben stand ich so nahe. In meinen Briefen habe ich immer geschrieben: Ich liebe ihn nicht deshalb, weil er mein Freund ist, sondern ich liebe ihn als den vorbildlichen Menschen in der Partei. Er und meine Frau waren mir die nächsten Menschen in Bezug auf meine Ideen.

Verteidiger: Sie hängen nicht am Leben?
Angeklagter: Das nicht! Dann erzählte der Angeklagte, das erste Eheverhältnis, das er als Knabe gezeihen habe, sei Wilhelm Zell gewesen. Er habe damals sofort den Entschluß gefaßt, daß man berechtigt sei, einen österreichischen König zu töten.

Es werden darauf mehrere Jungen der Tat benannt. Dann erscheint der Vater des Angeklagten

Dr. Viktor Adler als Zeuge

und gibt an: Friedrich war als Kind gesund, aber sehr schwächlich. Er hatte immer die Sorge, daß seine Kinder nicht krank werden. Er war immer außerordentlich fleißig, doch wurde er bei einer Überreizung seines Willens. Er war unangenehm mit einem Arbeiter verknüpft und wirkte mit Freunden ganz nicht hindurch wissenschaftliche Diskussionen. Es war ihm sehr wichtig in der Arbeit und ich würde dann einen Zusammenstoß mit ihm gehabt. Nachdem der Brief abgeschickt war, nahm mein Sohn gefahrenlos ohne Besonderheit ein, daß wurde unser persönliches Verhältnis niemals getrübt. Dieser Adler kommt dann auf die politische Richtung des Attentats zu sprechen und führt aus:

Ich habe an die Revolution gedacht und

hören. Wir haben die Not zu lindern versucht und dadurch vielfach Einbild in die Zustände ergötten, und wir haben uns damals an das Wort erinnert: Wer bei getroffenen Dingen nicht den Versuch verliert, der hat keinen. Das waren die Zustände, in denen wir gelebt haben, das waren die Dinge, über die ich mit meinem Leben gesprochen habe.

Verteidiger: Haben Sie eine besondere Erregung bei Ihrem Sohn bemerkt?
Viktor Adler: Mein Sohn war in der letzten Zeit besonders erregt.

Verteidiger: Hat Ihr Sohn im Leben gemeinsame Dinge gehabt?
Viktor Adler: Im Gegenteil. Er war das Gegenteil. Ich habe es in gar nicht glücken können, daß mein Sohn solcher Erregung... (Der Zeuge ruft in höchster Erregung.)

Präsident: Hat Ihr Verhältnis zu Ihrem Sohn durch die politischen Meinungsverschiedenheiten gelitten?
Viktor Adler (zu seinem Sohne blickend): Mein Herr Präsident, niemals! Was haben wir uns für Dinge gesagt! Aber unsere persönlichen Beziehungen sind immer die gleichen geblieben.

Dann wurde der Zahlkellner des Hofes Maist u. Schabn benannt, sodann Mittelwäcker Freisler v. Neherental, weiterhin der Abgeordnete Peter Rottler, der Chefschreiber der Arbeiterzeitung, Austerlich, und der Abgeordnete Skarek.
Am nächsten Tage wurden Zeugen über den Anschlag Adlers benannt.

Die Mehrzahl erklärte, nicht gehört zu haben, daß Adler wieder mit dem „Kampfmittel“ die Wollen freibei! ausgenommen. Der Angeklagte sagte aus, er habe lange an dem Tisch gesessen, bevor er das Attentat ausführte, weil in der Nähe Stürgkhs eine Lampe sah, die er hätte treffen können, und weil er nicht beschuldigt hätte treffen wollen. Nach Verübung der Tat habe er nur den einen Gedanken gehabt, daß er nicht von einem Offizier mit dem Säbel niedergestochen werde, da in dem anstehenden Saale mehrere Offiziere saßen. In verschiedenen, zur Verteilung kommenden Briefen aus der Unterwelt wurde er nicht erwähnt, was er sich wohlwühlte, wie aus schlafte, keine Anzeichen von Nervosität merkte, seine Stimmung günstig und er sogar zu Scherzen aufgelegte sei.

Nach dem langen Fallulidgenachten

ist der Hinweis darauf hervorzuheben, daß der Angeklagte schon als sechsjähriger Knabe von seinem Vater zu den Wägen genommen mitgenommen worden ist, was sich später mehrfach wiederholte, daß Zusammenkünfte mit der Polizei auf ihn großen Eindruck machten, und daß er mit Stolz von der Verurteilung seines Vaters erzählte. Das Wunderliche teilt hierauf die auch von dem Angeklagten in der Vernehmung ausgemerkte, gefassten Beweggründe seiner Tat und stellt fest, daß Adler zweifellos eine schwere erbliche Belastung sowohl von väterlicher als von mütterlicher Seite aufwies. In der Familie des Angeklagten kamen in fünf Generationen mindestens elf Einzelstöße von Geisteskrankheiten vor. Der Beschuldigte wurde bis zum Anschlag niemals und von niemandem für geisteskrank gehalten. Sicher ist, daß weder durch welche Erbschuldungen eintraten, aber von geistigen Erkrankungen konnte nicht gesprochen werden. Die Ursache kommt zu dem Schluß, daß der Angeklagte ein schwer erblich psychopathisch veranlagter Mensch ist, dessen Tat nicht unter dem Einflusse eines transienten Depressions- oder Erregungszustandes geschehen ist. Es wird vielmehr durch die psychische Veranlagung Adlers und die gegebenen äußeren Umstände vollständig erklärt. Adler ist ein Charakter und die Entwicklung dieses seiner geistigen Eigenart ist höchst wahrheitsgemäß unter dem Einflusse eines schweren psychopathischen erblichen Befalles erfolgt.

Nach den Aussagen des Staatsanwalts und des Verteidigers hielt Angeklagter Dr. Adler sein Schlußwort, worauf der Gerichtshof sich zur Urteilsfällung zurückzog. Nach vierstündiger Beratung verurteilte der Präsident das bereits bekannte Urteil, wonach der Angeklagte wegen gemeinen Mordes

zum Tode verurteilt

wird. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der Gerichtshof auf Grund des Geschichtlichen des Angeklagten, auf Grund der Zeugenaussagen und des Gutachtens der Sachverständigen zu der Überzeugung von der Schuld des Angeklagten gelangt sei. Nach dem Beweggrund von der Tat anlage, so habe der Gerichtshof die von dem Angeklagten angegebenen Angaben als richtig angenommen. Das Urteil der Sachverständigen über seinen Verstand an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten annehmen. Das Moment der Tat sei von dem Gerichtshof nicht als gegeben an, weil der Angeklagte keine Lust an dem Tode hatte, um das Opfer in eine besonders schmerzliche Lage zu bringen. — Der Verteidiger erklärte, er bestreite sich Bedenken für die Anfechtung des Urteils vor.

Beim Verlassen des Gerichtssaales wendet sich

der Angeklagte zum Anhörsraum

und spricht aus voller Lungenkraft: „Es lebe die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie! Dieser Ruf findet in dem blutigen Gemüte auch bei der voll befehligen Partei ein lautes Echo. Stimmen werden laut: „Es lebe die Internationale!“ Frauen rufen: „Adler auf, als er schon das Aussehen des Märtyrers hat.“ Der Gerichtshof hat sich gleichfalls zum Fortgehen erhoben. Der Präsident besteht die Justizwache, zu dem Anhörsraum, daß die Rufen den Saal verlassen. Auch auf dem Flur des Saales werden einzelne Hochrufe laut. Es werden hier Beobachtungen vorgenommen. Ebenfalls wurden auf der Straße von der Polizei noch acht bis zehn Arrestierungen vorgenommen, weil einzelne Verhandlungsteilnehmer Hochrufe ausgebracht hatten.

Wir finden auch heute an der Handlung Dr. Friedrich Adlers nichts, was die „Süddeutsche Volkszeitung“, das Organ der Unabhängigen, berechtigt, von einem „Schwarzen Tag für die Sozialdemokratie“ zu sprechen und erbarmungswürdig um den armen Stürgkh zu weinen. Es war uns höchstens ein Beweis, wie schnell den radikalsten Maulhelden das Herz in die Hosen fällt. Wir stimmen vielmehr voll dem Sage zu, den wir in einer Korrespondenz finden: „Ein stiller Gelehrter, ein herzensguter Mensch, ein vorbildlicher Sohn, uneigennützig bis zur Selbstaufopferung ist Friedrich Adler trotz seiner Tat ein Charakter, dessen sich keine Partei zu schämen braucht. Nicht aus persönlicher Gerechtigkeit, sondern rein aus politischer Beweggründen hat Adler zum Revolver gegriffen.“

Wenigstens schreibt übrigens „Süddeutsche Volkszeitung“: „Die in das ewige Drama des Völkereampfes zwischen Vater und Sohn eingetragene Gestalt werden als der heroische alle historische „Martyrer“ angesehen. Erhebung des Lebens selbst. Keinem der beiden Gegenpoleter wird ein schillernder Mensch persönlicher Beobachtung und Empathie verweigert. Was dem Fall der Politik über, an dem dieser Kampf ist, abgesehen, aufbehalten nicht dürfen bei

Sinn für Wirklichkeit. Der hat dem jungen Adler gelehrt, und darum hat er das große Spiel, das er mit dem Einsatz seines Lebens spielte, verloren.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserer Leserschaft, für die wir nur die vorhergehende Verantwortung übernehmen.

Verkehr mit Seife.

Nach der Bekanntmachung des Herrn Stellvertreters des Reichsanwalts vom 5. Mai 1917 betr. Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Eisenpulver und anderen seifenhaltigen Waschlösungen vom 21. Juli 1916 sind die zuständigen Ortsbehörden besagt, auf Antrag auch für Arbeiter, bei denen infolge Anwendung von Schmierseifen Erkrankungen der Haut eintreten, je bis zu 2 Zusatzseifenarten für den Bezug von K. A.-Seife auszugeben, sofern nicht die Arbeiter Betriebe angehören, denen der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette nach nähererweisung des Reichsanwalts Waschlösungen besonders zuteilt.

Abgabe von Kartoffeln.

In der Woche vom 21. Mai bis 27. Mai 1917 werden abgegeben:

- auf die Kartoffelmarke Nr. 65 = 3 Pfund Kartoffeln,
" " graue Kartoffel. " 66 = 1/4 " Brot,
" " Zusatzmarke " 39Z = 2 " Kartoffeln,
" " grüne Kartoffel. " 39Z = 3 " Kartoffeln.

Gewinnauszug der D. Preussisch-Süddeutschen (25. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-sections for 500000, 3000, 1000, 500, and 200000 prizes.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Neukirch.

Aenderung der Geschäftserledigung in der Stadtbekleidungsstelle.

Am Dienstag am 22. Mai 1917 an wird die Abfertigung der von den Gewerbetreibenden vermittelten Bezugsscheine aus den bisherigen Räumen der Stadtbekleidungsstelle nach den neu eingerichteten Räumen im Erdgeschoss des Grundstücks Ursulinerstraße 27/28, Eingang rechts vom Hauseingang unmittelbar von der Straße aus, verlegt.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Neukirch.

Sauerbrant.

Sauerbrant darf bis auf weiteres marktfrei verkauft werden. Breslau, am 16. Mai 1917.

Wohin aber befehlen nun eigentlich die Nachteile für die meisten Kreise, die von der Handelskammer so besonders betont werden? Sind nicht die Handelsangelegenheiten von jeder gestärkten, ihre notwendigen Besorgungen sogar in der so knapp bemessenen Mittagszeit zu erledigen? Im übrigen ist auch der maßgebende Teil der hiesigen Geschäftsinhaber, wie Schreiber dieses bei einer Rundfrage selbst feststellen konnte, durchaus für die Beibehaltung des sieben-Uhr-Abendeschlusses.

Abgabe von Kartoffeln.

In der Woche vom 21. Mai bis 27. Mai 1917 werden abgegeben:

Abgabe von Kartoffeln.

- auf die Kartoffelmarke Nr. 65 = 3 Pfund Kartoffeln,
" " graue Kartoffel. " 66 = 1/4 " Brot,
" " Zusatzmarke " 39Z = 2 " Kartoffeln,
" " grüne Kartoffel. " 39Z = 3 " Kartoffeln.

Gewinnauszug der D. Preussisch-Süddeutschen (25. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-sections for 500000, 3000, 1000, 500, and 200000 prizes.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Neukirch.

Aenderung der Geschäftserledigung in der Stadtbekleidungsstelle.

Am Dienstag am 22. Mai 1917 an wird die Abfertigung der von den Gewerbetreibenden vermittelten Bezugsscheine aus den bisherigen Räumen der Stadtbekleidungsstelle nach den neu eingerichteten Räumen im Erdgeschoss des Grundstücks Ursulinerstraße 27/28, Eingang rechts vom Hauseingang unmittelbar von der Straße aus, verlegt.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Neukirch.

Sauerbrant.

Sauerbrant darf bis auf weiteres marktfrei verkauft werden. Breslau, am 16. Mai 1917.

noch nicht richtig ist. Wenn man aber Marken abgibt, frägt kein Mensch, ob die getriebene Waare ohne Anhang möglich ist, da man sie holen, sonst gibt es Strafe. Ich habe fünf Jungen und ein Mädchen, alle schwächlicher Konstitution, einer fünfjährigen; sie sollen alle fort, wenn aber alle weiterkommen und müssen hochanlang hungern, ist das keine Erhöhung für sie. Adwats da nicht irgend eine Abhilfe geschaffen werden?

Bekanntmachung.

Zur Befreiung etwa entstehender Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung (insbesondere zur Prüfung der Kohlenlieferung und Kohlenreklamationen, der Ausnahme bei vorübergehendem Kohlenmangel einzelner Betriebe) ist hiermit in Verbindung mit dem Ausschuss VII für Heizung und Beleuchtung eine Dreikohlenstelle in den Geschäftsräumen Ohlauer 21 eingerichtet, die ihre Tätigkeit am 15. Mai 1917 aufgenommen hat.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Matthes.

Abteilung für Nahrungsmittel.

In der nächsten Woche kommen ohne Voranmeldung zum Verkauf:

- a) 1 Pfund Syrup auf die weiße blaue und rote Nährmittelmarke Nr. 6,
b) 1 Gering auf die Lebensmittelmarke Nr. 26, aber nur in den Polizeirevier 6, 7, 8, 10, 11, 23, 24, 25, 27, 28.

Zwei Städte

Roman von Charles Dickens (Paris und London). Zwei Bände von je 102 Seiten in einem Bande gebunden 1 Mk. Bei Postverhand 20 Pfg. Porto. Zu beziehen durch die Expedition und die Zeitungsträger.

Gewinnauszug der D. Preussisch-Süddeutschen (25. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-sections for 500000, 3000, 1000, 500, and 200000 prizes.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Neukirch.

Aenderung der Geschäftserledigung in der Stadtbekleidungsstelle.

Am Dienstag am 22. Mai 1917 an wird die Abfertigung der von den Gewerbetreibenden vermittelten Bezugsscheine aus den bisherigen Räumen der Stadtbekleidungsstelle nach den neu eingerichteten Räumen im Erdgeschoss des Grundstücks Ursulinerstraße 27/28, Eingang rechts vom Hauseingang unmittelbar von der Straße aus, verlegt.

Der Magistrat

Städtischer königlicher Haupt- und Residenzstadt. Mitteilung. Neukirch.

Sauerbrant.

Sauerbrant darf bis auf weiteres marktfrei verkauft werden. Breslau, am 16. Mai 1917.